

Öffentliche Auflage

Gegenstand:

Protokoll der ordentlichen Bürgerversammlung der Politischen Gemeinde Schänis vom Freitag, 5. April 2013

In Anwendung von Art. 49 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) wird dieses Protokoll vom 19. April bis 3. Mai 2013 öffentlich aufgelegt.

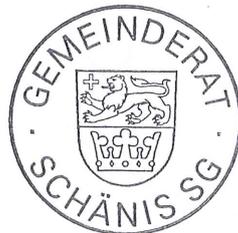
GEMEINDERAT SCHÄNIS

Der Gemeindepräsident:


Herbert Küng

Der Gemeinderatsschreiber:


David F. Reifler



Protokoll

der ordentlichen Bürgerversammlung der Politischen Gemeinde Schänis vom Freitag, 5. April 2013, 20.00 Uhr, im Mehrzweckgebäude Hof

Vorsitz:	Herbert Küng, Gemeindepräsident
Protokoll:	David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber
Stimmberechtigung insgesamt:	2'574 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
anwesende Stimmberechtigte:	249 abgegebene Stimmausweise
Stimmausweiskontrolle:	Alexandra Büsser, Oberbirgstrasse 1, Schänis Anton Glarner, Landstrasse 18, Rufi
Stimmenzähler:	Alexandra Büsser, Oberbirgstrasse 1, Schänis Anton Glarner, Landstrasse 18, Rufi Kefajet Amity, Unterdorf 7, Schänis André Murer, Urteilen 10, Schänis
Mikrophon:	Joseph Tremp, Birlig 19, Schänis
Präsenz:	Gemeinderat Roger Minikus aus beruflichen Gründen entschuldigt
Ende der Versammlung:	20.35 Uhr

Die Ankündigung der Bürgerversammlung erfolgte gemäss Art. 29 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) rechtzeitig.

Einleitung und Begrüssung

Mit den nachstehenden Ausführungen eröffnet Gemeindepräsident Herbert Küng die heutige Bürgerversammlung:

"Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Bevor wir zum offiziellen Teil der heutigen Bürgerversammlung kommen, noch ein paar einleitende Worte zu aktuellen Themen des Gemeinderates.

Haben Sie sich auch schon überlegt, worin die primäre Aufgabe der Politik liegt?

Der Politiker und Staatsmann Otto von Bismarck hat sie wie folgt definiert: 'Die Aufgabe der Politik liegt in der möglichst richtigen Voraussicht dessen, was andere Leute unter gegebenen Umständen tun werden.' So abstrakt uns diese Definition im ersten Moment auch erscheinen mag, so treffend sie in Tat und Wahrheit doch ist. Bedeutet sie sinngemäss nämlich nichts anderes, als dass die vornehmliche Aufgabe der Politik darin besteht, in weiser Voraussicht bereits heute zu erkennen, was in ferner Zukunft von einer breiten Bevölkerungsschicht als Selbstverständlichkeit angesehen, als konkreter Bedarf gefordert oder als Wunsch zum Ausdruck gebracht wird. Es geht also darum, frühzeitig die Weichen in die richtige Richtung zu stellen! Dies ist in politisch geprägten Prozessen umso wichtiger, da bei komplexeren Geschäften die Zeitspanne von der Idee bis zur Realisierung in der Regel mehrere Jahre wenn nicht gar gegen ein Jahrzehnt in Anspruch nimmt. Eine spannende aber auch anspruchsvolle Aufgabe, mit der wir uns im Gemeinderat seit Beginn der neuen Amtszeit sehr intensiv auseinandersetzen.

Ausgehend von der Fragestellung, wie sich die Politische Gemeinde Schänis im Jahr 2025 präsentieren soll, überlegen wir uns zu Kernthemen, was auf Stufe Gemeinde zu tun ist, um sich dieser Zielvorstellung oder Vision 2025 schrittweise anzunähern.

Konkret geht es um

- *Positionierung und Entwicklung der Gemeinde*
- *Richtplanung / Bauen / Infrastruktur*
- *Bildung*
- *Mobilität und Verkehr*
- *Sicherheit*
- *Natur / Umwelt / Landwirtschaft*
- *Freizeit und Kultur*
- *Soziales / Gesundheit / Gesellschaft*
- *Verwaltung / Behörden / Region*
- *Finanzen und Investitionen*

Oberflächlich betrachtet könnte man leicht zum Schluss kommen, dass es sich hier um keine überaus schwierige Aufgabe handelt. Ich würde dem sogar mit einem gewissen Vorbehalt zustimmen, wäre da nicht der stark limitierende Faktor der beschränkt vorhandenen Ressourcen. Und wenn ich von Ressourcen spreche, so meine ich primär das verfügbare Geld und sekundär die beschränkten personellen Ka-

pazitäten von Gemeinderat und Verwaltung. Es genügt somit nicht, nur Leitsätze zu definieren und daraus abgeleitet einen Massnahmenkatalog zu erarbeiten. Denn die Vielfalt der anstehenden Bedürfnisse und Aufgaben übersteigt die kurzfristig vorhandenen Ressourcen bei Weitem. Die grosse Herausforderung des Rates liegt vielmehr darin, einen breit abgestützten Konsens darüber zu erlangen, mit welcher Priorität welche Massnahmen angegangen werden. Deshalb ist Notwendiges von Wünschbarem zu trennen und jede Massnahme auf ihren Beitrag bezüglich der Gesamtzielerreichung der Vision 2025 zu hinterfragen. Ich kann Ihnen schon heute versichern, dass das primäre Ziel des Gemeinderates in einer nachhaltigen Gemeindeentwicklung liegt, die somit nicht nur ökonomischen, sondern auch ökologischen und gesellschaftlichen Bedürfnissen Rechnung trägt.

Sie fragen sich jetzt vielleicht: Und wie bringt man das alles unter einen Hut? Das Zauberwort heisst 'Integrierter Aufgaben- und Finanzplan' - oder in Kurzform IAFP. Etwas vereinfacht ausgedrückt handelt es sich hier um eine rollende Planung, die primär dazu dient, Aufgaben und Finanzen durch eine konsequente Prioritätensetzung in Einklang zu bringen und auch zu halten. Die Planung umfasst in etwa drei Legislaturen und folgt dem Grundsatz 'vom Groben zum Feinen'. Das heisst je näher wir dem Wirkungsjahr kommen, also aktuell dem Jahr 2013, desto detaillierter wird die Planung bezüglich Aufgabenkatalog und Verbindlichkeit. Gerne hätte ich Ihnen heute Abend bereits konkrete Resultate bezüglich 'Integriertem Aufgaben- und Finanzplan' vorgestellt. So weit sind unsere Arbeiten jedoch noch nicht fortgeschritten. Der Gemeinderat wird die Bevölkerung beim Vorliegen einer ersten Fassung - es handelt sich ja wie gesagt um eine rollende Planung, also etwas das lebt - in geeigneter Form umfassend informieren.

Nun ist es ja so, dass sich der Gemeinderat nicht nur mit strategischen Aufgaben wie etwa der Erarbeitung eines IAFP befasst. Ein doch beachtlicher Teil unserer Ratstätigkeit beinhaltet das Tagesgeschäft in unserer ländlich geprägten Gemeinde. Nicht weniger spannend, manchmal geprägt von Überraschungen und oftmals auch fremdgesteuert. Was eine gewisse Flexibilität erfordert. Um diese vielfach wiederkehrenden Aufgaben möglichst effektiv und effizient abwickeln zu können, hat sich der Rat im Rahmen der Konstituierung zu einer Neuorganisation und Stärkung der Ressorts entschlossen.

Im Vordergrund standen dabei

- *eine gleichmässige Auslastung über die einzelnen Ressorts sowie die Sicherstellung der politischen Führungsverantwortung gegenüber den Mitarbeitenden der Gemeinde;*
- *die Erschliessung von Synergiepotenzial;*
- *die Reduktion von Schnittstellen und Doppelspurigkeiten;*
- *aber auch die Beschleunigung von Prozessen.*

Gerne benutze ich zu Beginn der neuen Amtsdauer 2013 bis 2016 die Gelegenheit, Ihnen die Ressorts und das dafür zuständige Gemeinderatsmitglied vorzustellen. Aus Zeitgründen verzichte ich jedoch auf eine detaillierte Aufzählung der Aufgabenbereiche in den einzelnen Ressorts. Interessierte finden die entsprechenden Angaben auf den Seiten 3 und 4 im Amtsbericht.

- *Starten möchte ich die Vorstellungsrunde mit unserem Gemeinderatsschreiber; diese Funktion wird wahrgenommen durch David Reifler. Als Dienstleister für und Berater vom Gemeinderat nimmt er eine wichtige Funktion ein. Denn sollte der Rat einmal zu euphorisch werden, so holt er uns wieder auf den Boden der gesetzlichen Realität herunter.*
- *Das Ressort Schule/Bildung wird geleitet durch Ernst Morger. Er ist zudem auch Gemeindevizepräsident I und somit mein unmittelbarer Stellvertreter.*
- *Das Ressort Landwirtschaft, Natur und Umwelt wird geleitet durch Paul Schwitter. Er ist zusätzlich auch Gemeindevizepräsident II und somit mein zweiter Stellvertreter.*
- *Das Ressort Gesellschaft wird geleitet durch Roger Minikus.*
- *Das Ressort Sicherheit wird geleitet durch Martin Giger.*
- *Das Ressort Dienste wird geleitet durch Peter Jud.*
- *Das Ressort Freizeit wird geleitet durch Martin Hämmerli.*
- *Das Ressort Präsidiales steht unter meiner Leitung.*

'Wer das Ziel kennt, kann entscheiden. Wer entscheidet, findet Ruhe. Wer Ruhe findet, ist sicher. Wer sicher ist, kann überlegen. Wer überlegt, kann verbessern.'

Sinnbildlich diesem Sprichwort von Konfuzius folgend, ist der Gemeinderat mit viel Elan, aber auch klaren Zielsetzungen in die neue Legislatur gestartet. Wir konzentrieren uns nebst dem bereits ausführlich erläuterten IAFP und dem angesprochenen Tagesgeschäft dieses Jahr ganz bewusst auf eine überblickbare Anzahl von Geschäften grösseren Umfangs. Diese wollen wir aber bis spätestens Ende Dezember zum Abschluss bringen. Es handelt sich dabei um

- *die Bauliche Fertigstellung und Abrechnung der ersten Etappe der Sanierung der Dorfbäche von Schänis;*
- *die Richtplanung im Bereich Siedlungsentwicklung und Bauen;*
- *die Eignerstrategie für die EVS AG;*
- *die Teilzonenplanverfahren für das Gebiet Industrie Feld West und das Gebiet Eichen.*

Und sollten wir erfreulicherweise alle Ziele bereits vor Ende Jahr erreicht haben, so kann ich Ihnen mit gutem Gewissen versichern, dass wir weitere Projekte in der Pipeline haben. Sie finden einige davon auf Seite 2 des Amtsberichts aufgelistet."

Eröffnung der Versammlung

Nach diesen einleitenden Worten begrüsst Gemeindepräsident Herbert Küng die Stimmberechtigten herzlich zur heutigen Bürgerversammlung und bedankt sich bei ihnen für ihr Interesse am politischen Geschehen in Schänis, welches sie mit ihrer Anwesenheit bekunden.

Einen besonderen Willkommensgruss richtet Gemeindepräsident Herbert Küng

- *an seine beiden Amtsvorgänger Alphons Schwizer und Erich Jud sowie an alle ehemaligen Gemeinderäte;*

- an die Pressevertreter;
- an alle, die erstmals oder erstmals in Schänis an einer Bürgerversammlung teilnehmen. Er hofft, die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger mögen heute Abend mit dem Eindruck nach Hause gehen, dass die Schänner offene, gesprächsbereite Menschen und weitsichtige Demokraten sind.

Bevor er zur Behandlung der traktandierten Geschäfte kommt, stellt Gemeindepräsident Herbert Küng fest, dass

- zur heutigen Bürgerversammlung rechtzeitig eingeladen wurde und die Unterlagen mit der Jahresrechnung ebenso rechtzeitig zugestellt wurden;
- die Bürgerversammlung somit rechtskräftig durchgeführt werden kann.

Die Traktandenliste präsentiert sich wie folgt:

1. Jahresrechnung 2012 und Bericht der Geschäftsprüfungskommission
2. Voranschlag und Steuerplan 2013
3. Gutachten und Antrag des Gemeinderates für die Umrüstung der Strassenbeleuchtung auf LED
4. Allgemeine Umfrage

Der Versammlungsleiter stellt die Traktandenliste zur Diskussion und verbindet damit den Hinweis, dass an der heutigen Versammlung ausschliesslich die traktandierten Geschäfte behandelt werden können, der Gemeinderat aber Anträge aus dem Plenum zur vertieften Abklärung und einer allfälligen Behandlung an einer nächsten Versammlung gerne entgegennehme.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt und gelangt damit in der vorliegenden Form zur weiteren Behandlung.

1. Jahresrechnung 2012 und Bericht der Geschäftsprüfungskommission

Gemeindepräsident Herbert Küng verweist auf die auf den Seiten 58 bis 88 des Amtsberichtes abgedruckte Zusammenfassung der Jahresrechnung und den auf der

Seite 93 zu findenden Bericht der Geschäftsprüfungskommission. Ohne gegenteilige Aufforderung geht er davon aus, dass Nichtbelesen der Rechnung gewünscht wird.

Der Vorsitzende ergänzt die Informationen im Amtsbericht mit folgenden Feststellungen:

Die Laufende Rechnung für das Jahr 2012 der Politischen Gemeinde Schänis schliesse mit einem Aufwandüberschuss von 190'044 Franken ab. Dies bedeute eine markante Besserstellung gegenüber dem ursprünglich budgetierten Fehlbetrag von 1.334 Mio. Franken. Hauptursache für diese erfreuliche Entwicklung sei der hervorragende Steuerabschluss gewesen, der mit einem konsolidierten Ertrag über alle Steuerarten von 10.571 Mio. Franken und damit rund 1.14 Mio. Franken über Budget abgeschlossen habe.

Andererseits sei auf der Ausgabenseite ebenso Kostenbewusstsein und Budgetdisziplin gewahrt worden.

Gemeindepräsident Herbert Küng eröffnet die Diskussion über die Jahresrechnung und den Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Da keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, folgt die Abstimmung über den ersten Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

Die Jahresrechnung 2012 der Politischen Gemeinde Schänis sei zu genehmigen.

Dem Antrag wird einstimmig entsprochen.

Gemeindepräsident Herbert Küng bedankt sich für die Zustimmung.

2. Voranschlag und Steuerplan 2013

Auch der Voranschlag pro 2013 ist ab Seite 58 zusammen mit der Jahresrechnung jeweils in der rechten Spalte im Amtsbericht publiziert. Der Steuerplan pro 2013 ist auf Seite 89 zu finden.

Mit Verweis auf dieses Zahlenmaterial führt der Vorsitzende Nachstehendes aus:

"Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Wolken über dem Finanzhimmel von Schänis haben sich deutlich verdunkelt und ohne Gegenmassnahmen ist der Gewittersturm in Bälde absehbar! Was der Ge-

meinderat seit mehreren Jahren angesprochen hat, ist mit dem Budget 2013 deutliche Realität geworden. Der Gemeindehaushalt der Politischen Gemeinde Schänis hat ein substantielles Defizit. Diese Tatsache ist nicht neu, da bereits die Budgets der vergangenen Jahre dies immer wieder erkennen liessen. Nur dank ausserordentlichen Einnahmen von rund 7.25 Mio. Franken aus der Ausgliederung der EVS in eine eigenständige AG und erklecklichen Erträgen aus der Erschliessung und dem Verkauf von Liegenschaften (Federi- und Rappenbachstrasse) konnten jeweils grössere Defizite abgefangen und sogar Schulden abgebaut werden.

Mein Vorgänger hat letztes Jahr diese Zusatzerträge als 'das Wunder von Schänis' bezeichnet. Bekanntlich passieren Wunder aber viel zu selten, als dass wir es uns erlauben können, tatenlos auf ein weiteres zu warten! Der Gemeinderat ist sich durchaus bewusst, dass Steuererhöhungen bei der Bevölkerung keine Begeisterungstürme auslösen. So auch in Schänis nicht. Doch: 'Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.' Und so sah sich der Gemeinderat in der Pflicht, der Bürgerschaft mit dem Budget 2013 eine Steuerfusserhöhung um fünf Prozent von alt 140 auf neu 145 Prozent zu beantragen.

Im vorliegenden Budget 2013, das nach wie vor einen Aufwandüberschuss von 1,334 Mio. Franken ausweist, ist diese Steuerfusserhöhung bereits eingerechnet. Der Gemeinderat war sich bei dieser Entscheidung durchaus bewusst, dass die Gemeinde mit knapp 5,1 Mio. Franken über ein stattliches Eigenkapital verfügt. Sowohl für den Gemeinderat als auch die Geschäftsprüfungskommission ist es jedoch keine Option, diese Mittel in zwei oder drei Jahren zu Gunsten eines künstlich tief gehaltenen Steuerfusses zu opfern. Zumal die finanzielle Zukunft aufgrund verschiedener Faktoren äusserst schwierig abzuschätzen ist und die Gemeinde auf der Einnahmenseite über den Finanzausgleich nach wie vor stark am Tropf des Kantons hängt.

Leider lässt die finanzielle Entwicklung des Kantons mit weiteren Sparprogrammen für die Gemeinden nichts Gutes erahnen. Sie haben die entsprechenden Pressemeldungen der St. Galler Regierung bezüglich zusätzlicher Kostenabwälzungen auf die Gemeindeebene sicherlich auch mit Sorge gelesen. Auch das sich in der Vernehmlassung befindliche Modell des zukünftigen innerkantonalen Finanzausgleichs sieht in der aktuellen Fassung für eine weitläufige Landgemeinde wie Schänis nicht sehr vorteilhaft aus.

Der Gemeinderat und die Geschäftsprüfungskommission sind der festen Überzeugung, dass es nicht im Interesse der Bürgerschaft liegen kann, den Steuerfuss zu Lasten eines vollständigen Eigenkapitalverzehrs über zwei oder drei Jahre künstlich tief zu halten um ihn dann unter Zwang gleich um ein Mehrfaches zu erhöhen. Ein wohlüberlegter und weitsichtiger Umgang mit dem Eigenkapital ist im Sinne eines auf längere Sicht ausgeglichenen Finanzhaushaltes deshalb mehr als angezeigt.

Alles andere käme einem bewussten 'An-die-Wand-fahren' des Schänner Finanzhaushaltes gleich. Was zur Folge hätte, dass der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinde weitgehend verloren ginge und Investitionen praktisch ausschliesslich über zusätzliche Steuererhöhungen finanzierbar wären.

Damit Sie als Bürger und Steuerzahler auch eine Vorstellung erhalten, was diese fünfprozentige Steuererhöhung in Franken bedeutet, möchte ich Ihnen anhand von

ein paar Referenzzahlen – diese beziehen sich auf die Einkommenssteuer – die Grössenordnung aufzeigen:

Alle Beträge in Schweizer Franken.

steuerbarers Einkommen	Tarif alleinstehend	Tarif verheiratet
40`100.--	e St. = 1`828.00 140% = 2`559.20 145% = 2`650.60 Differenz 91.40	
60`100.--		e St. = 922.30 140% = 1`291.22 145% = 1`337.33 Differenz 106.17
100`000.--	e St. = 7`150.00 140% = 10`010.00 145% = 10`367.50 Differenz 357.50	e St. = 5`240.00 140% = 7`336.00 145% = 7`598.00 Differenz 262.00

Oder über alle Steuerzahler gesehen durchschnittlich rund 115 Franken pro Steuerzahler.

Nach diesen spezifischen Ausführungen zur geplanten Steuererhöhung jetzt noch ein paar generelle Ausführungen zum Budget 2013, das wie bereits erwähnt einen Aufwandüberschuss von 1,334 Mio. ausweist.

Auf der Einnahmenseite ist folgendes zu erwähnen:

- Das Budget basiert bei den Steuereinnahmen wie üblich auf dem langjährigen Mittel.
- Der Finanzausgleich der ersten Stufe fällt um rund 360`000 Franken tiefer als im Vorjahr aus und beträgt noch 2,085 Mio. Franken.
- Die ab 2013 massiv höhere Dividendenausschüttung aus dem Aktienkapital der EVS AG führt zu Mehreinnahmen von rund 280`000 Franken.
- Die Inanspruchnahme des Finanzausgleichs der zweiten Stufe erfordert zwingend einen Gemeindesteuerfuss von 145 %.
- Würden Sie heute Abend, entgegen dem Antrag des Gemeinderates, zum Entscheid kommen, auf eine Erhöhung des Steuerfusses um 5 % zu verzichten, gingen folgende, bereits ins Budget eingeflossene Einnahmen verlustig:
 - rund 550`000 Franken aus dem Finanzausgleich der zweiten Stufe
 - rund 270`000 Franken zusätzliche Steuereinnahmen auf Stufe Gemeinde
 Die Konsequenz auf das Gesamtbudget wäre ein Aufwandüberschuss von neu 2,154 Mio. Franken.

Auf der Ausgabenseite ist folgendes zu erwähnen:

- *Im Wissen um die angespannte Finanzsituation hat sich der Gemeinderat bei der Erstellung des Budgets eine hohe Disziplin auferlegt.*
- *Die Aufgabenverlagerungen vom Kanton auf die Gemeinden schlagen speziell in folgenden Positionen mit Mehrkosten zu Buche:*

<i>Pflegefinanzierung</i>	<i>120`000 Franken</i>	<i>(neu 60 % der Kosten)</i>
<i>Schule</i>	<i>125`000 Franken</i>	<i>(div. Umlagerungen)</i>
- *Die neu geschaffene KES-Behörde verursacht Kosten von rund 100`000 Franken.*
- *Ansonsten bewegt sich das Budget weitgehend im Rahmen des Vorjahres.*

Die Geschäftsprüfungskommission und der Gemeinderat sind davon überzeugt, der Bürgerschaft für das Jahr 2013 ein realistisches Budget vorzulegen. Es würde mich freuen, wenn die heutige Bürgerversammlung zum gleichen Entscheid kommt."

Gemeindepräsident Herbert Küng eröffnet die Diskussion zum Budget und zum Steuerplan 2013.

Da keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, folgt die Abstimmung über den zweiten Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

Die Anträge des Rates über Voranschlag und Steuerfuss für das Rechnungsjahr 2013 seien zu genehmigen.

Dem Antrag wird mit einer Gegenstimme entsprochen.

Die Bürgerschaft kann seitens des Vorsitzenden den Dank für ihr Vertrauen entgegennehmen. Der Gemeinderat werde bestrebt sein, jeden bewilligten Franken zum Wohle der Schänner Bevölkerung einzusetzen.

Zudem ist es Gemeindepräsident Herbert Küng an dieser Stelle ein Bedürfnis, der Geschäftsprüfungskommission, den Mitgliedern des Gemeinderates sowie allen Mitarbeitenden der Gemeinde zu danken.

3. Gutachten und Antrag des Gemeinderates für die Umrüstung der Strassenbeleuchtung auf LED

Gemeindepräsident Herbert Küng verweist auf das detaillierte Gutachten auf den Seiten 94 und 95 des Amtsberichtes und ergänzt dieses mit folgenden Bemerkungen:

"Eines der aktuell in Bundesbern am heissesten diskutierten Politthemen ist sicherlich die Energiestrategie 2050 des Bundes. Der Bundesrat will in der Schweiz weiterhin eine hohe Stromversorgungssicherheit garantieren – mittelfristig jedoch ohne Kernenergie. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, setzt er im Rahmen der neuen Energiestrategie 2050 auf verstärkte Einsparungen, den Ausbau der Wasserkraft und der neuen erneuerbaren Energien sowie wenn nötig auf fossile Stromproduktion und Importe. Zudem sollen die Stromnetze rasch ausgebaut und die Energieforschung verstärkt werden. Während in Bern noch heftig diskutiert und um Lösungen gerungen wird, will der Gemeinderat Schänis handeln und im wahrsten Sinn des Wortes ein leuchtendes Zeichen setzen. Genau gesagt sind es sogar 383 Strassenleuchten, die wir auf LED-Technologie umstellen möchten.

Mit dieser Massnahme setzen wir auf den wohl wirkungsvollsten aller im Zusammenhang mit der Stromdiskussion im Raum stehenden Lösungsansätze. Nämlich die verstärkte Einsparung von Strom oder anders ausgedrückt auf Energieeffizienz. Wie Sie dem Gutachten entnehmen können, hat die LED-Umrüstung nicht nur eine ökologische, sondern auch eine handfeste ökonomische Komponente: Einem Investitionsvolumen von 400'000 Franken stehen nämlich jährliche Einsparungen von rund 50'000 Franken gegenüber, womit sich die Investition in acht Jahren amortisiert. Die Reduktion des Strombedarfs um rund 50 Prozent schlägt sich dabei mit bleibenden jährlichen Einsparungen von 20'000 Franken zu Buche. Die restlichen Einsparungen entstehen durch reduzierte Instandhaltungskosten, die jedoch nach ca. zehn Jahren wieder ansteigen werden. Der Gemeinderat ist ganz klar der Meinung: 'Die Zeit für LED ist reif.'

Gemeindepräsident Herbert Küng eröffnet die Diskussion zu vorliegendem Gutachten und Antrag des Gemeinderates.

Oskar Gmür-Steiner, Lindeli 1361, erkundigt sich, ob der Gemeinderat den Einsatz von sogenannten intelligenten LED-Strassenlampen mit einer noch höheren Energieeffizienz geprüft habe und ob bei der Arbeitsvergabe für die Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED die örtliche EVS AG berücksichtigt werde.

Der Vorsitzende verweist auf den bestehenden Leistungsauftrag zugunsten der EVS AG für die öffentliche Beleuchtung und geht davon aus, dass die EVS AG für die Umsetzung des vorliegenden Projektes berücksichtigt werde, könne aber diesem Beschluss nicht vorgreifen.

Des weiteren sei ihm die Berichterstattung über die sogenannt intelligenten LED-Strassenlampen bekannt. In der Detailplanung würden bestimmt alle Optionen geprüft. Gemeindepräsident Herbert Küng erinnert aber daran, dass die Strassenbeleuchtung auch der öffentlichen Sicherheit diene und damit Strassenlampen, welche nur bei Bedarf leuchten, wohl nicht überall dienlich seien. Im übrigen weise die LED-Strassenbeleuchtung den grossen Vorteil der Dimmbarkeit auf, was grosse Einsparungen zulasse. Gerne nehme er aber die Anregung Oskar Gmürs zur Prüfung entgegen.

Auf entsprechende Nachfrage des Vorsitzenden hin, gibt Oskar Gmür zum Ausdruck, dass für ihn diese Antwort zufriedenstellend sei.

In der darauffolgenden Abstimmung spricht sich die Versammlung einstimmig für die Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED aus und bewilligt dafür dem gemeinderätlichen Antrag entsprechend einen Kredit von 400'000 Franken.

4. Allgemeine Umfrage

Gemeindepräsident Herbert Küng eröffnet die allgemeine Umfrage mit dem Hinweis auf Art. 45 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2), wonach im Rahmen der allgemeinen Umfrage Fragen von allgemeiner Bedeutung über einen Gegenstand aus dem Aufgabenbereich der Gemeinde gestellt werden können.

Es sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Die heutige Bürgerversammlung abschliessend, bedankt sich Gemeindepräsident Herbert Küng bei der Bürgerschaft für das ihm in den letzten Monaten entgegengebrachte Vertrauen. Von vielen Seiten habe er eine breite Unterstützung erfahren dürfen. Er könne heute bereits auf 95 spannende und erfüllte Amtstage als Gemeindepräsident von Schänis zurückblicken und freue sich auf weitere Begegnungen mit der Bürgerschaft.

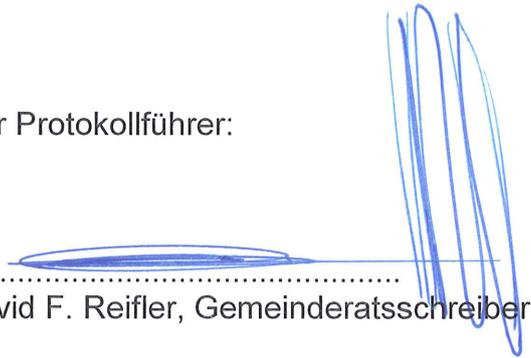
Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Der Versammlungsleiter:



.....
Herbert Küng, Gemeindepräsident

Der Protokollführer:



.....
David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber

In Anwendung von Art. 49 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) wird dieses Protokoll vom 19. April bis 3. Mai 2013 öffentlich aufgelegt.